

# PRESS-RELEASE

21. Januar 2011



## **Bundesweite Aktion gegen Bahnlärm**

### **40 Bürgerinitiativen veröffentlichen nach Internationalem Bahnlärm-Kongress zeitgleich eine Resolution**

Nun liegen sie endlich vor, die Ergebnisse des Internationalen Bahnlärm-Kongresses, der Mitte November in Boppard stattfand: Bahnlärm macht krank. Diese These, zugleich auch das Motto des Kongresses, wurde von hochrangigen Medizinern wie Prof. Eberhard Greiser, Prof. Manfred Spreng und der Medizinerin Dr. Gerda Noppeney noch einmal untermauert. Bund und Bahn sind hier in einer prekären Situation: Seit den 1980er-Jahren ist Politikern aller Parteien bekannt, dass Verkehrslärm die Menschen krank macht. Vom Rat der Sachverständigen für Umweltfragen, der bereits 1987 der damaligen CDU/FDP-Bundesregierung eine umfassende Darstellung der Lärmproblematik vorgelegt hat (SRU, 1988), bis zur Weltgesundheitsorganisation, vom Umweltbundesamt bis zur EU liegen diese Erkenntnisse vor, die sich in den letzten 20 Jahren immer mehr bestätigt und verdichtet haben.

Der Gesetzgeber hat in all den Jahren seinen Beobachtungsauftrag missachtet, ob die geltenden Vorschriften und Bestimmungen wie beispielsweise das Bundesimmissionsschutzgesetz und die hierzu erlassenen Durchführungsverordnungen noch dem Stand der Erkenntnis entsprechen. Dies wiegt umso schwerer, als dass die öffentliche Hand, insbesondere der Bund, ja ein erhebliches Interesse daran hat, entsprechende Studien zu unterlassen, zu ignorieren oder gar zu hintertreiben. Das Ergebnis könnte ja ansonsten erhebliche Kosten verursachen.

Politiker haben – und das war die einhellige Meinung der Juristen auf dem Kongress – die Pflicht, gegen diese Ignoranz und Missachtung schwerwiegender Krankheitsfolgen, insbesondere durch Bahnlärm als dem lautesten aller derzeitigen Verkehrsmittel, vorzugehen. Frank Gross, Kongressleiter und Vorsitzender des Bürgernetzwerks Pro Rheintal dazu: „Nach 35 Jahren ist das Immissionsschutzgesetz noch immer nicht bei den Menschen angekommen. Da wird ausgeklammert, getrickst und ignoriert, um Geld zu sparen. Wie lange können wir es uns noch erlauben, Politiker und Wirtschaftsbesitzer von jeglicher Verantwortung freizusprechen. Die Bürger haben diese Verantwortungslosigkeit mit Leib und Leben zu tragen. Insbesondere die Parteien, die über die Legislaturperioden hinaus Ansprechpartner für die Bürger sind, müssen sich



fragen lassen, wie man sich in Zukunft der Verantwortung für das politische Handeln der Mandatsträger zu stellen gedenkt. Dazu werden wir in diesem Superwahljahr bundesweit die Gelegenheit ergreifen.“

Bahnlärm, der früher als weniger lästig galt, hat sich aufgrund gesteigerter Beladung von Güterwaggons, höherer Geschwindigkeiten und eines sehr viel intensiveren Verkehrs, vor allem auch nachts, zum lautesten aller Verkehrsmittel entwickelt. Besonders die alten Güterzüge mit im Schnitt 40 Jahre alten Waggons bringen es aufgrund verriffelter und teilweise beschädigter Räder auf Lärmimmissionen bis zu 110 dB(A). Dagegen sind selbst die Kettensäge und der Presslufthammer nicht mehr zu hören. Menschen, die das Nacht für Nacht ertragen müssen, haben leider keine Wahl, sie werden zwangsläufig krank! Das jedenfalls bestätigt der Physiologe Prof. Manfred Spreng von der Universität Erlangen, der die Zustände am Mittelrhein als „vom medizinischen Standpunkt nicht mehr zu verantworten“ bezeichnete. Seit zwei Jahrzehnten predigen die Wissenschaftler gebetsmühlenhaft, dass Lärmpegel von 65 dB(A) tagsüber im Außenbereich nicht überschritten werden sollten.

Im Oberen Mittelrheintal wie aber auch im Badischen Herbolzheim und Kenzingen werden täglich Werte von 100 dB(A) und mehr gemessen. Prof. Dr. Eberhard Greiser, der auch eine der umfassendsten Studien zum Fluglärm im Raum Köln-Bonn vorgelegt hat, bestätigt: „Schon ab 45 dB(A) kommt es zu ersten messbaren Reaktionen des Körpers.“

Dabei ist Lärmsanierung weder zu aufwendig noch zu schwierig. Schon die Instandsetzung der alten Güterwagen und die Pflege der Schienen würde eine erhebliche Entlastung für die betroffenen Anwohner bedeuten. Mit zusätzlichen innovativen Maßnahmen an der Strecke käme man auf ein erträgliches und verantwortbares Level. Allein der Ausbau der Rheintalstrecke wird am Ober- und Hochrhein mehr als 5 Milliarden Euro kosten. Doch für die Lärmsanierung der Bahnlinien sind deutschlandweit jährlich gerade einmal 100 Millionen vorgesehen, wovon die Bahn seit 1999 jeweils ein Drittel an den Bund wieder zurücküberwiesen hat. Das zeigt, wie wenig ernst man tatsächlich Umwelt- und Lärmschutz bei der Bahn nimmt.

„Das alles sind unhaltbare Zustände“, sagt Gross. Ähnlich wie Stuttgart 21 soll auch am Fehmarnbelt ein Mammutprojekt entstehen, wodurch dann die Ferienorte entlang der Ostsee (wie beispielsweise Timmendorf) und auf der Insel Fehmarn zu Güterverkehrszentren verkommen und man dort den Tourismus vergessen kann.

„Alle Menschen haben ein Recht von 22 bis 7 Uhr schlafen zu können“,



erklärt Dr. Roland Diehl  
von der  
Interessengemeinschaft Bahnprotest an  
Ober- und Hochrhein (IG BOHR) und fährt

fort: „Wer heute noch Güterbahnlinien mitten durch Wohngebiete plant, der legt ganz offensichtlich auf Umweltschutz keinen Wert.“

Die Bürgerinitiativen waren sich einig: Eine moderne Bahn, wie sie beispielsweise in den Niederlanden und in der Schweiz schon betrieben wird und die sich vor ein bisschen Winter ebenso wenig fürchtet wie vor der Sanierung der eigenen Fahrzeuge, ist dringend erforderlich. Viele hundert Milliarden, die der Bund in die Bahn gesteckt hat, sind in dubiose Projekte geflossen, aber nicht in eine leistungsfähige und umweltgerechte Bahn. Verantworten muss das alles wieder einmal der Bürger, der hier nicht nur mit seinem Vermögen, sondern auch mit seiner Gesundheit dafür geradesteht. Deshalb haben die Initiativen jetzt eine Resolution veröffentlicht, in der Punkt für Punkt steht, was sie im Namen der Bürger von Politik und Bahn erwarten. Dabei hat man sowohl auf vertretbare Zeiträume als auch eine angemessene Planung der Finanzmittel geachtet. Das Kommuniqué und die Resolution können unter [www.pro-rheintal.de](http://www.pro-rheintal.de) eingesehen werden.



Kontakt:

**IGEL e.V.**

Johannes Baumgaertner  
Vorstandsvorsitzender  
Ziegelhofstraße 39

DE 79110 Freiburg

Tel: 0172- 711 43 41

E-Mail: [info@igel-breisgau.de](mailto:info@igel-breisgau.de)

[www.igel-breisgau.de](http://www.igel-breisgau.de)